



Abschaffung der berufsständischen Versorgungswerke!

Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen,
der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen,
der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, für die Abschaffung der berufsständischen Versorgungswerke in allen Bundesländern einzutreten. Die Abwahlmöglichkeit der Beiträge für die gesetzliche Rentenversicherung, während die Beiträge für das jeweilige Versorgungswerk verpflichtend sind, ist unsolidarisch. Gerechter wäre es, wenn die Beiträge von allen Versicherten gleichermaßen in die gesetzliche Rentenversicherung fließen würden. Eine freiwillige Zusatzversicherung sollte trotzdem möglich sein.

Begründung:

Berufsständische Versorgungswerke entwickelten sich in Deutschland in den 20er Jahren, weil Angehörige der freien Kammerberufe von der Versorgung aus der gesetzlichen Rentenversicherung ausgeschlossen wurden. Dazu gehören heute Ärzte, Apotheker, Architekten, Notare, Patentanwälte, Rechtsanwälte, Steuerberater beziehungsweise Steuerbevollmächtigte, Tierärzte, Wirtschaftsprüfer und vereidigte Buchprüfer, Zahnärzte sowie teilweise Psychologische Psychotherapeuten und Ingenieure. Angehörige der freien Kammerberufe sollten aus Solidarität und zur Bekämpfung der Altersarmut in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen würden.